

Was die Presse sagt.

Berlin, 12. Okt. Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Nicht das äußere Bild allein war es, was imponieren konnte und dessen leidenschaftliche Geschlossenheit zu denken gab, sondern der einseitige harte Wille, nicht nur das gegenwärtige System abzulehnen, sondern die Verantwortung für die amtliche Führung in Reich und Ländern zu übernehmen. Die Junkturverhältnisse des politischen Lebens liegen schon längst nicht mehr in den Parlamenten oder Ministerien, sondern in den immer stürmischer fließenden Volksströmungen. Eine solche Strömung präferierte sich uns in Harzburg: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Stahlhelm und Bundschuh waren offiziell vertreten. — Der Berl. Lokalanz. schreibt: Es gibt keine Mitte mehr, es gibt nur noch ein Hüben und drüben. Die nationale Opposition hilft niemand zürück, der sich zu wirklich ehelicher Zusammenarbeit mit ihr erdient. Der kommende Kampf im Reichstag ist ein Kampf gegen das System, gegen ein System, dem nie wieder eine nationale Stimme gehören und für dessen Aufrechterhaltung bei inneren Unruhen kein nationaler Mann den Arm heben wird. — Die Deutsche Allgem. Ztg. bezeichnet die Harzburger Tagung als einen einflussreichen und wichtigen Auftakt für die Reichstagsberatungen. Aus den Erklärungen Fricks und Hilters erkenne man die Schwierigkeit, in der sich die nationalsozialistischen Führer befinden, ihren revolutionären Anhängern die taktische Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit anderen Gruppen und Parteien klar zu machen. Man kann sagen, daß die Staatsraison erfordert, die Rechte so schnell als möglich, also sofort, ans Ruder zu bringen. Zu den Ausführungen Schachts sagt das Blatt, seine finanzpolitische Prognose für unser Land mag im einzelnen übertrieben sein und die Begründung, die zu befrüchtigen ist, wird wahrscheinlich wichtige Folgen für unsere Wirtschaft haben. Aber Pessimismus ist heutzutage kein Verbrechen, und es erweist sich wieder als ein Fehler, daß Dr. Schacht große Sachkenntnis und sein feuriges Temperament brach liegen. — Die Deutsche Zeitung unterstreicht die politische Bedeutung der Harzburger Kundgebung, die ein „Angriffssignal“ der nationalen Opposition“ sei. Das Blatt wendet sich mit Nachdruck gegen die Angriffe auf Dr. Schacht, dessen Ausführungen durchaus nicht negativ gewesen seien. — Die Germania sagt: Die Tagung von Harzburg täuscht uns trotz der Reden, die dort gehalten worden sind, nicht darüber hinweg, wie es mit dieser Aktion wirklich steht. Sie ist höchstens eine parlamentarische Front zum Sturz der Regierung Brüning. Eine politische Front für einen homogenen Aufbau ist sie nicht. Der Reichskanzler kann ruhigen Gewissens in den Kampf gehen, der ihm im Parlament bevorsteht. Sein Kurs zeigt eine klare, gerade Linie. Es kann ihn deshalb auch nicht anfechten, wenn der politische Scheitler des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zum Antreiber für eine Pose wird, in der er nicht ernst genommen wird. — Der Abend nennt die Harzburger Kundgebung einen Appell des Faschismus, der neue Inflation bedeute. Der frühere Präsident der Reichsbank habe der Harzburger Tagung den Stempel aufgedrückt, hier sei die Inflationstheorie zwischen Großagrariern, Schwerindustriellen und Faschisten geschlossen worden, und Herr Schacht führe sie. — Das Berl. Tagebl. nennt die Rede Schachts eine „verbrecherische Rede“. Die Harzburger Tagung habe bewiesen, daß es eine „geschlossene Front der nationalen Opposition“ nicht gebe. Die Gegenläufe seien auf der Rechten

Die Bankgeschäfte des Reichs.

Berlin, 12. Okt. Wie verlautet ist das Abkommen, das die Danabank mit einer Industrie-Gruppe wegen Verkauf von 35 Mill. RM. eigener Aktien abgeschlossen hatte, von der Reichsregierung unterzeichnet worden. Der Uebernahmepreis, den die Industrie für die Danabank-Aktien zu zahlen hat, beträgt 125 Prozent. — Auch für die Dresdner Bank, an der das Reich mit einem Betrag von 300 Mill. RM. Vorzugsaktien beteiligt ist, ist eine Aktion abgeschlossen worden, welche die Gesundung dieses Instituts wesentlich erleichtert. Das Reichsfinanzministerium hat sich bereit erklärt, den aus der beabsichtigten Ausprägung von Silbermünzen entstehenden Gewinn von 150 Mill. RM. zur Einlösung von Schatzwechseln, die seinerzeit der Dresdner Bank übergeben worden sind, zu verwenden.

Berlin, 12. Okt. Der Verwaltungsrat der DZB hat beschlossen, den von der DZB an die Reichsbank gewährten und am 4. November fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar auf drei Monate, d. h. bis 4. Februar 1932, zu verlängern.

Braunschweig, 12. Okt. Das altangesehene Bankhaus A. S. Nathalion hat seine Zahlungen eingestellt.

Die Goldwährung in Finnland aufgehoben.

Helsingfors, 12. Okt. Die finnische Goldwährung ist heute bis auf weiteres aufgehoben und der Diskontsatz auf 9 Prozent erhöht worden.

Frankreich wird erkannt.

Neuyork, 12. Okt. „Neuyork Times“ bringen in großer Aufmachung eine Pariser Meldung, wonach in einem Teil der französischen Presse das Vertrauen zur Dollarwährung systematisch untergraben wird. Diese heimliche Flüsterkampagne habe bereits in ganz Frankreich zu riesigen Dollarverkäufen geführt, weil die Bevölkerung eine Dollarinflation befürchtet.

Der Goldstandard.

Die südafrikanische Union kann ihn nicht halten.

London, 13. Okt. „Daily Telegraph“ bezeichnet es als möglich, daß die Regierung der südafrikanischen Union gezwungen sein werde, dem Beispiel von Nord- und Südrhodesia zu folgen und den Goldstandard zu suspendieren. Bankiers in Pretoria seien der Ansicht, daß andernfalls die südafrikanischen Exporteure außerstande sein werden, mit britischen Gütern in Wettbewerb zu treten.

Berlin, 13. Okt. Das durch die Polizeibehörde geschlossene St.-Heim, Tegeler Straße 7, wurde heute morgen von der Polizei kontrolliert. Es wurden außer dem Wohnungsinhaber acht Nationalsozialisten angegriffen, sie wurden festgenommen. Bei der Durchsuchung der Räume wurde eine Keule (?) und ein Gummitrippel gefunden.

nicht kleiner als auf der Linken. Daß die „nationale Opposition“ reif sei zum Regieren, ja daß sie es jemals werden würde, könne man nicht glauben. — Die D. Ztg. glaubt nicht an eine geschlossene Front der Rechten. Die in Harzburg zusammengetroffenen seien ihrem Programm der Sabotage treu geblieben und hätten sich ehrlich bemüht, eine wirtschaftliche, finanzielle und politische Panik zu erzeugen.

Paris, 12. Okt. Quotidien schreibt, Frankreich werde von Hitler für alle Leiden Deutschlands verantwortlich gemacht, es sei das Ziel des Führers der extremen Rechtsopposition, internationale Verträge zu vernichten. Man könne der Ansicht sein, daß es sich nur um Worte handele; aber diese Worte könnten doch gefährliche Illusionen enthalten, sobald die Volksmasse in Deutschland zu der Ansicht käme, daß man nur internationale Verträge zu zerreißen und Frankreich zu vernichten brauche, damit die Arbeitslosigkeit behoben und der Wohlstand in Deutschland wieder zunehmen werde. — Avenir stellt fest, daß die leitenden deutschen Staatsmänner wohl durch die Verfassung geschützt würden, aber doch liege es im Bereiche des Möglichen, daß die Rechtsparteien auf gefühlige Weise die Führung in Deutschland übernehmen. — Journal betont, die Harzburger Tagung hätte einen unüberschreitbaren Graben zwischen Frankreich und den deutschen Nationalisten hergestellt.

Ausgeredet!

Berlin, 12. Okt. Auf Beschluß des Zentralkomitees der KPD hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der die Verhaftung Hilters, Hugensbergs, Schachts, Selbdes und Dührbergs wegen Landesverrats, begangen an den Interessen des werktätigen Volkes, fordert.

Eine Lüge mit kurzen Beinen.

Berlin, 12. Okt. In der „Frankfurter Zeitung“ war davon die Rede, daß Wirtschaftsführer in der vergangenen Woche bei den Besprechungen mit dem Reichskanzler das Verlangen nach Inflation gestellt hätten. Wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, ist diese Behauptung unrichtig. In seiner Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Wirtschaftsführern ist der Gedanke einer neuen Inflation eobrecht worden.

Die Raffen . . .

Rücktritt des preussischen Finanzministers.

Berlin, 12. Okt. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Archoff ist zurückgetreten. In seinem Schreiben an Ministerpräsident Braun heißt es u. a.: Der Verlauf der heutigen Staatsministerialsitzung hat mir gezeigt, daß zwischen den übrigen Herren Staatsministern und mir die erforderliche Einmütigkeit nicht mehr besteht. Außerdem ist es mir nicht gelungen, diejenige Uebereinstimmung zwischen Maßnahmen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeizuführen, die in der heutigen Zeit notwendig wäre. — Der Tag glaubt, daß für den Schritt des Finanzministers die parteipolitische Einstellung des Zentrums und der Sozialdemokratie maßgebend gewesen sei, die ihm eine sachliche Führung der Geschäfte schon seit längerer Zeit unmöglich gemacht hätte.

Neue Regierungserklärung im Reichstag

Abstimmung voraussichtlich am Freitag.

Berlin, 12. Okt. Der Reichsterrat des Reichstages hielt heute nachmittag unter starker Beteiligung aller Parteien, auch der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, eine Sitzung ab, in der der Plan für die nächsten Sitzungen festgesetzt wurde. Es wurde beschlossen, am Dienstag nach der Rede des Reichskanzlers den Reichstag zu verlagern. Die Aussprache soll am Mittwoch, 12 Uhr mittags, beginnen und dürfte am Freitag beendet sein, so daß an diesem Tage die Abstimmung noch vorgenommen werden könnte. Ein Antrag der Reichsrundfunkgesellschaft, die Rede des Reichskanzlers durch Rundfunk zu übertragen, wurde abgelehnt, nach dem sich die Vertreter der Deutschnationalen und Kommunisten dagegen erklärt hatten.

Die Polizei wird sich morgen wieder in erhöhter Alarmbereitschaft befinden. Das Regierungsviertel wird ganz besonders gesichert sein, ebenso die Zufahrtstraßen zum Reichstagsgebäude. Außerdem werden starke Polizeikräfte unterwegs sein, um eventuelle Störungsversuche bereits im Entstehen zu erkennen.

In parlamentarischen Kreisen hat bereits ein lebhaftes Rätselraten über den voraussichtlichen Ausgang der Reichstagsverhandlungen eingesetzt. Das Ergebnis läßt sich noch in keiner Weise voraussagen. Man wird annehmen müssen, daß außer der Volkspartei mindestens auch die Wirtschaftspartei sich gegen das neue Brüning-Kabinett erklärt. Zweifelhaft bleibt auch noch die Haltung des Landvolks. Rein zahlenmäßig würde sich für die Regierung eine kleine Mehrheit ergeben, wenn man damit rechnet, daß Volkspartei und Wirtschaftspartei nicht restlos der Parole der Führung folgen, und die 138 Sozialdemokraten andererseits geschlossen für die Regierung eintreten. Man weiß aber, daß bei den Sozialdemokraten sich die Opposition gegen die Haltung der Parteiführung nicht nur auf die freien Abgeordneten beschränkt, die aus der Fraktion ausgeschieden sind, sondern daß ein weiterer Teil der Fraktion bei früheren Abstimmungen seiner abweichenden Auffassung dadurch Ausdruck gegeben hat, daß er sich an der Abstimmung nicht beteiligte. Man wird also auch auf die 188 Sozialdemokraten nicht voll rechnen können.

Preußen gegen das Reich.

Berlin, 12. Okt. Das preussische Kabinett hat beschlossen, die Aufrückungssperre für die preussischen Beamten, die in der preussischen Sparverordnung vom 12. September 1931 verfügt worden war, aufzuheben. Anschließend wird diese Maßnahme damit begründet, daß das Reich nicht, wie erwartet war, eine gleiche Sparmaßnahme für die Reichsbeamten angeordnet hat.

Berlin, 12. Okt. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages nahm bei Stimmenshaltung der Regierungsparteien mit den Stimmen der Rechten einen Antrag der Deutschen Fraktion an, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, die sofortige Revision des Youngplans zu verlangen, bzw. die Einsetzung jeder weiteren künftigen Tributzahlungen zu veranlassen.

Ein Demenfi.

Keine Spaltung in der DDP.

Berlin, 12. Okt. Die „Nationalist. Korr.“ wendet sich gegen verschiedene Gerüchte, die von einer angeblichen Spaltung der Deutschen Volkspartei sprechen. Der Beschluß, das Kabinett Brüning nicht zu unterstützen, sei vom Parteivorstand und vom Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei mit starker Mehrheit gefaßt worden. Die Reichstagsfraktion habe sich auf die Festhaltung beschränkt, daß sie sich diese Beschlüsse zu eigen mache, ohne eine Abstimmung vorzunehmen. Es seien lediglich Vermutungen, wenn trotzdem einige Blätter die Namen von volksparteilichen Abgeordneten nennen, die angeblich eine andere Auffassung vertreten. Daß dabei tendenziöse Absichten vorliegen, geht unter anderem auch daraus hervor, daß Namen von solchen Abgeordneten unter die angeblichen Gegner des Parteibeschlusses gestellt wurden, die an der Fraktionsführung gar nicht teilgenommen hätten.

Berlin, 12. Okt. Die Aussprache der Zentrumsfraktion des Reichstages ergab, daß die Fraktion nach wie vor hinter Brüning steht und entschlossen ist, ihn und seine Politik zu unterstützen. Der Reichskanzler erklärte, daß die Entscheidung des Parlaments unbedingt herbeigeführt werden müsse, falls sie aus, wie sie wolle. Wie zu den Fraktionsberatungen der Bayerischen Volkspartei im Reichstag bekannt wird, wird die Fraktion gegen einen Wähltrauensantrag stimmen, weil sie den Sturz des Reichskabinetts nicht wünscht. Im übrigen hat sie eine Reihe von Anträgen zur Notverordnung formuliert, von deren Schicksal sie die endgültige Stellungnahme zur Notverordnung abhängig machen will.

Streik von Arbeitslosen.

Berlin, 12. Okt. In Bernau haben die Wohlfahrtsarbeiter ihre Pflichten für die Stadt niedergelegt, verlangen aber weiter Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen. Die Stadt ist hierdurch in eine schwierige Lage gekommen, da sie unter Umständen vom Kreis Niederbarnim die 70prozentige Rückvergütung der Wohlfahrtsunterstützungen nicht weiter erhält. Weiter ist von den Arbeitslosen in Bernau in einer Versammlung beschlossen worden, daß kein Arbeitsloser mehr Riete an seinen Hauswirt abführen soll. Als Begründung erklären die Arbeitslosen und Wohlfahrtsarbeiter, die Unterstufungssätze seien seit dem 1. Oktober dezent gering geworden, daß man von ihnen nicht verlangen könne, davon auch noch Riete zu zahlen und dafür Pflichten für die Stadt auszuführen.

Breslau, 12. Okt. Bei den Linke-Hoffmann-Busch-Werken sind etwa 1800 Arbeiter in einen Proteststreik gegen die beabsichtigte teilweise Herabsetzung der Akkorüberverdienste getreten.

Bauernkundgebungen in Schleswig-Holstein.

Schleswig, 12. Okt. In ganz Schleswig-Holstein haben Bauernkundgebungen stattgefunden, in denen von der Erklärung des Steuerstreiks Abstand genommen und lediglich beschlossen wurde, daß alle Landwirte, die sich nicht in der Lage sehen zu zahlen, ohne den erteilten Hof preiszugeben, beim Gericht sofort ihre Zahlungsunfähigkeit erklären sollten.

Die Sowjetpropaganda.

Einstellung des deutschen Schiffsverkehrs nach Rußland.

Hamburg, 13. Okt. Der Verband deutscher Reederei hat beschlossen, keine deutschen Schiffe mehr nach Rußland zu entsenden, weil auf 41 in russischen Häfen liegenden deutschen Schiffen Arbeitseinstellungen vorgekommen sind, die von maßgebenden russischen Kreisen nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt worden seien. Es handelt sich nicht um Lohnkämpfe, sondern um einen Sympathiestreik für einen angeblichen Streik in deutschen Häfen, der jedoch nicht zum Ausbruch gekommen ist. Zum Austausch der Mannschaften sollen Schiffe mit Arbeitswilligen nach Rußland entsandt werden.

Steinwürfe gegen die österreichische Gesandtschaft in Berlin.

Berlin, 13. Okt. Unbekannte Täter haben heute nacht zwei in rote Tücher eingewickelte Steine gegen das Eingangstor der österreichischen Gesandtschaft in Berlin geworfen. Der eine Stein traf sein Ziel nicht, während durch den anderen eine Scheibe des Tores zertrümmert wurde. Die Täter, in die die Steine eingewickelt waren, trugen kommunistische Aufschriften.

Grandi reist am 25. Oktober nach Berlin.

Rom, 12. Okt. Der italienische Außenminister Grandi begibt sich am 25. d. M. nach Berlin, um den im vergangenen Sommer von den deutschen Ministern in Rom abgeleiteten Besuch zu erwidern.

Rücktritt der bulgarischen Regierung.

Sofia, 12. Okt. Ministerpräsident Malinow ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Der König hat die Demission angenommen und den Minister des Innern, Mutichanow, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

Berlin, 12. Okt. Die Spinnengewerkschaften aller Richtungen einschließlich der Beamtenbünde kamen heute zu einer Besprechung zusammen. In erster Linie galt diese Besprechung der Abwehr der Gefahren, die für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden sind. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Halle, 12. Okt. Der Vorstand der Studentenschaft kündigt den Auszug der Studentenschaft als Protest gegen die Berufung des Pfarrers D. Dehn auf den Lehrstuhl der protestantischen Theologie an der Universität Halle an und spricht von Verhandlungen zwischen Leipzig, Jena und Halle. Studenten nach Leipzig und Jena. Dehn war auf Vorschlag des so. Kultusministers Grimme gewählt worden, was den Protest der Studentenschaft auslöste, da Dehn 1919 den Bund sozialistischer Kirchenfreunde mitgegründet hatte. Vor allem wandten sich die Studenten auch gegen einen Weisheitsworttrag Dehns in Magdeburg über „Kirche und Welterbarmut“, in dem er abfällig über die Kriensowfallen gesprochen haben soll.